

## Fragen zum Transitverkehr

**Der Streit um den Schwerverkehr im Grenzraum (SN von gestern) sorgt auch auf politischer Ebene für Fragen.**

Die von Deutschland erlassene Gewichtsbeschränkung für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen zwischen dem deutschen Zollamt Bühl und Wil im Rafzerfeld hat die Marthaler SVP-Kantonsrätin Inge Stutz bewegt, beim Zürcher Regierungsrat vorstellig zu werden, um mögliche Massnahmen zur besseren Führung des Schwerverkehrs durch die Grenzregion zu erreichen.

Wie die SN berichteten, kämpfen die Deutschen zurzeit nicht nur gegen den Fluglärm, sondern auch noch gegen den Schwerverkehr aus der Schweiz. Der Strassenabschnitt zwischen den beiden Zollämtern Bühl und Wil im Rafzerfeld, wo die Gewichtsbeschränkung gelten soll, befindet sich auf der direkten Verbindung zwischen Eglisau und dem deutschen Erzingen und wird entsprechend vom grenzüberschreitenden Schwerverkehr als kürzester Weg rege benutzt. Damit scheint aber nun ab Februar 2002 Schluss zu sein, indem das Strassenverkehrsamt Waldshut diesen Abschnitt schliesst. **Dadurch wird der Schwerverkehr gezwungen, den Umweg über Wilchingen, Osterfingen, das Wangental bis Jestetten und Rafz zu befahren.**

In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass die Regionen im Kanton Zürich genauso unter dem zunehmenden, mehrheitlich deutschen Transitschwerverkehr leiden, welcher sich auf den Nebenstrassen durch die Gemeinden wie Trüllikon, Waltalingen oder Ossingen zwängt, schreibt Stutz in ihrer Anfrage. Deshalb sollte der Schwerverkehr auf bestimmte Routen beschränkt und direkt vom Zoll her auf die Nationalstrassen geführt werden, fordert sie weiter. Darum ersucht sie den Regierungsrat um eine Stellungnahme, was dieser gedenkt zu tun, damit die genannten Dörfer im Weinland vom Durchgangsverkehr entlastet werden können. Weiter erkundigt sie sich, ob es möglich ist, mit einer guten Signalisation an den Zollämtern und einer soliden intensiven Koordination zwischen den Kantonen Zürich, Thurgau und Schaffhausen, den Transitschwerverkehr schon frühzeitig auf die Nationalstrasse A 4 zu leiten. Weiter will Inge Stutz von der Zürcher Kantonsregierung wissen, ob sie bereit sei, mit ähnlichen Massnahmen wie Gewichtsbeschränkungen analog dem deutschen Vorbild den Transitschwerverkehr auf den Kantonsstrassen einzuschränken, um damit eine zusätzliche mögliche Lösung zur Begrenzung der Transit-Lastwagenflut für die Weinländer und auch weitere betroffene Gemeinden zu erreichen.

Abschliessend verlangt sie vom Regierungsrat Auskunft darüber, ob er entschlossen ist, sich noch schneller als vorgesehen für den Ausbau der A 4 einzusetzen, damit durch das vermehrte Verkehrsaufkommen die Sicherheit nicht noch stärker gefährdet wird. (RoMü)